

Peanuts für den Süden

In Katar setzen EU und USA neue Liberalisierungsrunde durch

Trotz eines deutlich selbstbewussteren Auftretens der Entwicklungsländer bei der vierten Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Katar, haben sie kaum substanzielle Erfolge erzielen können. Im Gegenteil: die unter großen Mühen und erst nach Verlängerung um einen Tag vereinbarten neuen Verhandlungen werden sie in den nächsten Jahren unter erheblichen Liberalisierungszwang setzen. Mit teilweise erpresserischem Druck gelang es den USA und der EU, eine ganze Reihe neuer Themen auf die Agenda zu setzen und damit den Kompetenzbereich der WTO abermals beträchtlich auszuweiten.

Schmutzige Tricks der Handelsdiplomatie

Zahlreiche Diplomaten aus dem Süden beklagten sich über die Einschüchterungsversuche der EU und der USA. Während der US-amerikanische Repressionskatalog die Streichung von Entwicklungshilfeszahlungen sowie das Führen schwarzer Listen „*anti-amerikanischer Länder*“ umfasste, drohten Beamte der EU-Kommission missliebigen Ländern mit der Aussetzung von Handelsvergünstigungen. Um derartige Praktiken „*ökonomischer Kanonenbootdiplomatie*“ zukünftig wenigstens einzudämmen, forderten Christian Aid und andere Hilfsorganisationen einen Verhaltenskodex für faire Handelsverhandlungen. Größere Proteste, wie sie noch die letzte WTO-Konferenz in Seattle prägten, blieben in Doha, der Hauptstadt Katars, allerdings aus. Aufgrund von restriktiven Akkreditierungsbeschränkungen waren letztlich weniger als 100 NRO-VertreterInnen vor Ort, die lediglich mit kleineren Aktionen und Happenings auf sich aufmerksam machen konnten.

Zweifellos haben die rezessiven Tendenzen in der Weltwirtschaft das Ergebnis von Katar mit beeinflusst. Seit den Terroranschlägen vom 11. September und dem Afghanistan-Krieg trommelten Freihandelsbefürworter noch leidenschaftlicher für eine neue Handelsrunde, da diese den Rückfall in den Protektionismus verhindern und die Weltwirtschaft vor dem Kollaps bewahren würde. Vor diesem Hintergrund gaben auch die USA ihre recht reservierte Haltung gegenüber einer neuen Runde auf und zeigten sich in Katar relativ flexibel. Die EU hingegen trat schon vor Seattle für eine umfangreiche Agenda ein, da sie nur so Kompensationen für etwaige Zugeständnisse beim Abbau ihrer gigantischen Agrarsubventionen erreichen kann.

Agenda der Reichen

Was ist nun in Katar beschlossen worden? Die Ministererklärung legt fest, dass neben den schon seit Anfang 2000 begonnenen Neuverhandlungen zu Landwirtschaft und Dienstleistungen weitere Verhandlungen zum Marktzugang für Industriegüter, zu Subventionen, Anti-Dumping-Maßnahmen und zu einigen Umweltfragen aufgenommen werden sollen. Ferner beginnen Vorverhandlungen zu den äußerst umstrittenen Themen Investitionsschutz, Wettbewerbspolitik, öffentliches Beschaffungswesen und Handelserleichterungen, z.B. im Bereich der Zollabfertigung. Über die endgültige Verhandlungsaufnahme in diesen sensiblen Bereichen soll bei der kommenden Ministerkonferenz in zwei Jahren entschieden werden. Jedoch ist zu erwarten, dass die Industrieländer unter Zuhilfenahme massiven Drucks den Süden dann abermals auf Linie bringen werden. In Katar hatten viele Entwicklungsländer, darunter vor allem Indien, bis zuletzt heftig gegen die Aufnahme dieser Themen opponiert. Sie befürchten, dass nationale Regulierungen zur Steuerung ausländischer Direktinvestitionen oder zum

Schutz inländischer Produzenten durch diesbezügliche WTO-Abkommen geschleift werden können.

Die EU konnte einen Teil ihrer umweltpolitischen Forderungen durchsetzen, jedoch ist das Ergebnis zwiespältig und zum Teil kontraproduktiv. So soll das Verhältnis zwischen WTO-Regeln und multilateralen Umweltabkommen geklärt werden. Allerdings dürfen die Verhandlungen nicht die Rechte von WTO-Mitgliedern beschneiden, die nicht zu den Vertragsparteien bestimmter Umweltabkommen gehören. Auf dieses Hintertürchen haben die USA gedrungen, die z.B. das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz oder das Protokoll über die biologische Sicherheit („*Biosafety-Protokoll*“) wohlweislich gar nicht erst unterzeichnet haben. Daneben wird es Verhandlungen zur „*Klärung und Verbesserung*“ der WTO-Regeln über Fischereisubventionen geben. Ein Abbau dieser Unterstützungsleistungen ist jedoch nicht explizit erwähnt. Daher bleibt abzuwarten, ob die Verhandlungen zu einer Verminderung der Subventionen für die EU-Flotten führt, welche beispielsweise für die Dezimierung der Fischgründe vor der westafrikanischen Küste mitverantwortlich sind. Geradezu kontraproduktiv sind allerdings die angekündigten Verhandlungen zur Beseitigung von Zöllen und anderen Handelshemmnissen auf Umweltgüter und –dienstleistungen. Einerseits schließt dies umweltschädliche Dienstleistungen wie die Wiederaufarbeitung atomaren Abfalls ein. Andererseits kann es zu Marktöffnungen bei der Wasserversorgung oder Müllbeseitigung führen, mithin bei Umweltdienstleistungen, die häufig von der öffentlichen Hand erbracht werden.

Medikamente statt Patente?

Die zusätzliche Erklärung zum Patentschutzabkommen TRIPS und dem Zugang zu Medikamenten blieb unbefriedigend. Indien, Brasilien und zahlreiche weitere Entwicklungsländer setzten sich für eine Erklärung ein, die es ihnen erleichtern würde, im Falle von Gesundheitsnotständen den Patentschutz auf Markenmedikamente auszusetzen und Zwangslizenzen an in- oder ausländische Hersteller günstiger Nachahmerprodukte – sog. Generika – zu vergeben. Während Industriestaaten wie die USA regelmäßig Zwangslizenzen vergeben, verhindert der massive Druck der Pharmaindustrie, dass Entwicklungsländer ebenfalls zu diesem Mittel greifen. In der zuletzt verabschiedeten Fassung der Erklärung von Katar heißt es jedoch wachswendig, das TRIPS-Abkommen „*sollte die Mitglieder nicht daran hindern, Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit zu ergreifen*“.

Chakravarthi Raghavan vom Third World Network weist zurecht darauf hin, dass damit die Unsicherheit für Entwicklungsländer bleibt. Da das TRIPS-Abkommen selbst nicht geändert wurde, bestehen dessen restriktivere Regelungen fort. Im Streitfall könnte sich das Schiedsgericht der WTO also entweder auf die großzügigere Formulierung der Katar-Erklärung oder auf die engeren Bestimmungen des TRIPS stützen. „*Wenn es heute zu einem Streitfall kommt, würde sich das Schiedsgericht aufgrund öffentlicher Proteste womöglich auf die Katar-Erklärung berufen*“, so Raghavan. „*Was aber passiert, wenn die öffentliche Aufmerksamkeit schwindet?*“ Ferner blieb die wichtige Frage ungelöst, inwieweit die vielen Länder, die über keine eigene Pharmaindustrie verfügen, günstige Generika aus dem Ausland einführen dürfen, z.B. aus Indien oder Brasilien.

Brosamen für die Armen

Immerhin hat Frankreich im Agrarbereich zuletzt seinen erbitterten Widerstand gegen die Formulierung fallengelassen, dass über die Reduktion von Exportsubventionen „*mit Blick auf ihr Auslaufen*“ verhandelt werden soll. Ob die europäischen Exportsubventionen, die das Dumping der Agrarexporte unter den Weltmarktpreis ermöglichen, tatsächlich heruntergefah-

ren werden, bleibt aber abzuwarten. Frankreich drückte den Vorbehalt durch, dass die Verhandlungen ohne Präjudiz ihres Ausgangs aufgenommen werden. In einer Erklärung aus Paris hieß es zudem, dass der Beschluss von Doha keineswegs die französische Landwirtschaftspolitik gefährden würde. Besonders bedauerlich ist, dass die Forderung einer Reihe kleinerer Entwicklungsländer nach einer sog. „*development box*“ im Agrarabkommen abgeschmettert wurde. Diese hätte es ihnen erlaubt, gegen die Überflutung ihrer Märkte mit subventionierten Agrargütern aus dem Norden Schutzzölle zu erheben oder notwendige Subventionszahlungen an inländische Landwirte zu leisten.

Letztlich wurden den Entwicklungsländern in Katar nur wenige Brosamen hingeworfen. Hierzu gehören u.a. die Verhandlungen über Fischereisubventionen und Anti-Dumping-Regeln sowie die Absegnung des Cotonou-Abkommens, welches 78 Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifik (sog. AKP-Staaten) erleichterten Marktzugang in der EU verschafft. Beim Export von Textilien haben die USA allerdings jegliches Zugeständnis verweigert. Angesichts dieser dürftigen Ausbeute ist die verbreitete Rede von der „*Entwicklungsrunde*“ eindeutig zur Farce verkommen. Vielmehr geraten Entwicklungsländer, die schon jetzt mangels Kapazitäten an vielen der andauernden WTO-Verhandlungen in Genf nicht teilnehmen können, durch die beträchtliche Ausweitung des Liberalisierungsprogramms noch weiter ins Hintertreffen. Daher sind soziale Bewegungen in Nord und Süd in den kommenden zwei Jahren gefordert, ihren Widerstand gegen die ungebrochene neoliberale Liberalisierungsideologie noch weiter zu verstärken.

Thomas Fritz, 15.11.01

*Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung – BLUE 21 e.V.
Tel.: 030/694 61 01, Thomas.Fritz@blue21.de, www.blue21.de*